

Kleine Anfrage 2653

der Abgeordneten Iris Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

an die Landesregierung

Absurditäten im Umgang mit Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes

Vorbemerkung: Am 17.12.2015 veröffentlichte das Bundesverfassungsgericht zwei Beschlüsse zu erfolgreichen Verfassungsbeschwerden gegen die Erhebung von so genannten Altanschießerbeiträgen. Am 11. Februar 2016 wurden diese Entscheidungen in Landesrecht übernommen, indem das Oberverwaltungsgericht Brandenburg die eigenen Urteile abänderte. Für viele Beitragsbetroffene endeten so Unsicherheiten zur Belastung mit Beitragsforderungen, die teils aus den frühen neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts stammen. Leider ist bis zum heutigen Tage keine einheitliche Handlungsanweisung an die Aufgabenträger erstellt worden. Sehr viele Beitragsbetroffene könnten erneut Verwaltungs- und Zivilgerichte anrufen müssen, um ihre Rückforderungen durchzusetzen. Es ergeben sich nun fast monatlich neue rechtliche Positionen der Gerichte und Obergerichte. Beispielsweise sei hier abgeführt, dass nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 16. Januar 2017 (- 1 BvR 2406/16 - - 1 BvR 2407/16 - - 1 BvR 2408/16 - - 1 BvR 2409/16 -) die Aufgabenträger und ihre Rechtsberater zu jeder Zeit hätten erkennen und beraten müssen, dass eine rückwirkende Beitragserhebung gegen grundgesetzliche Regelungen verstößt. Die Aufgabenträger handeln sicher im Rahmen der vorgegebenen Landesgesetze. Folgt man der Ansicht des Bundesverfassungsgerichtes, in der oben zitierten Entscheidung vom 16. Januar 2017, muss jeder Aufgabenträger, zu jeder Zeit, das eigene Handeln auf Grundgesetzkonformität prüfen. Das betrifft auch und insbesondere die Kontroll- und Beratungspflichten der Kommunalaufsichtsbehörden in Kenntnis der veröffentlichten und gültigen Satzungen der einzelnen Verbände und der geänderten und nun klaren Rechtslage.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann wird das Innenministerium des Landes Brandenburg eine Handlungsempfehlung an die kommunalen Aufgabenträger, im Umgang mit der Altanschießerfrage, erstellen?
2. Wie werden die Kommunalaufsichten tätig, wenn einzelne Aufgabenträger Vollstreckungsmaßnahmen gegen Altanschießer durchführen?
3. Wann, wie und mit welchem Ergebnis haben die Kommunalaufsichten als Untere Landesbehörden das Handeln der Aufgabenträger in den Jahren 2004 – 2015 auf die Vereinbarkeit mit höherrangigem Verwaltungsrecht und mit der Grundgesetzkonformität geprüft?

Eingegangen: 25.04.2017 / Ausgegeben: 26.04.2017

4. Einzelne Aufgabenträger versuchen die Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichtes und die Urteile des OVG Berlin/Brandenburg zu umgehen, indem behauptet wird, die Verbandserweiterungen begründen neue Beitragspflichten, auch wenn erste Beitragsbescheide aus den frühen neunziger Jahren stammen. Diese Behauptung widerlegte das VG Frankfurt/Oder, genau wie auch das Bundesverfassungsgericht. Wie schreiten die Kommunalaufsichten bei einem so offensichtlichen Rechtsbruch ein?
5. Nach Informationen des Innenministeriums des Landes Brandenburg sollen Aufgabenträger zur Abdeckung des finanziellen Aufwandes im Zusammenhang mit der Lösung der Altanschließerfragen einen Pauschalbetrag als Zuweisung erhalten. Wie wurde dieser Betrag ermittelt, wie hoch ist er, wie wird er ausgereicht, an welche Bedingungen ist die Zuwendung gebunden, wie, durch wen und wo wird dieser Pauschalbeitrag beantragt?
6. Folgt man der Argumentation des oben genannten Beschlusses des Bundesverfassungsgerichtes, dann hätten die Rechtsberater der Aufgabenträger zu jeder Zeit die Rechtswidrigkeit der rückwirkenden Beitragserhebung erkennen müssen. Ergeben sich daraus mögliche Schadensersatzansprüche gegen die oft vertraglich, auch mit Honorar gebundenen Rechtsberater, wegen einer möglichen Falschberatung?